

Wenn es ab Januar 2013 zu den gesetzlich verankerten Kürzungen bei den US-Verteidigungsausgaben kommt, könnten 12 Prozent aller Zivilbeschäftigten der US-Streitkräfte ganz schnell ihre Jobs verlieren.

**LUFTPOST**

Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 193/12 – 11.11.12

## **Nach Meinung von Experten bedroht die Sequestration vor allem die Jobs von Zivilbeschäftigten bei den US-Streitkräften**

Von Joyce Tsai

STARS AND STRIPES, 25.10.12

( <http://www.stripes.com/news/experts-say-sequestration-would-target-civilian-jobs-1.194581> )

WASHINGTON – Befürchtete Entlassungen in der Rüstungsindustrie stehen im Zentrum der Bemühungen des Kongresses, die ab Januar drohende Kürzung der Verteidigungsausgaben doch noch zu verhindern; nach Meinung von Experten könnte die Sequestration (die per Gesetz festgeschriebene automatische Kürzung aller Ausgaben, s. [http://en.wikipedia.org/wiki/Budget\\_Control\\_Act\\_of\\_2011](http://en.wikipedia.org/wiki/Budget_Control_Act_of_2011) ) aber zu noch tieferen Einschnitten bei den Zivilangestellten des US-Verteidigungsministeriums führen.

Die laufenden Ausgaben für die Kriege und das militärische Personal sollen von den Kürzungen ausgenommen werden, die ab 2. Januar (2013) drohen, wenn der Kongress nicht handelt; wenige Wochen nach Eintreten der Sequestration könnten aber bis zu 108.000 Zivilangestellte des Verteidigungsministeriums in (unbezahlten) Zwangsurlaub geschickt werden. Das befürchtet Todd Harrison, ein führender Mitarbeiter des Centers for Strategic and Budgetary Assessments, eines Think-Tanks, der in Washington D.C. angesiedelt ist. Der Zwangsurlaub könnte bis zum 30. September 2013, also bis zum Ende des laufenden Haushaltsjahres, dauern.

Das Verteidigungsministerium müsste nach Harrisons Meinung auf einen Schlag mehr als 12 Prozent seiner Zivilbeschäftigten entlassen. "Die zivilen Angestellten des Verteidigungsministeriums müssen sich viel größere Sorgen (um ihre Arbeitsplätze) als die in der Rüstungsindustrie Beschäftigten machen."

Jacob Stokes, ein Forschungsassistent des Centers for a New American Security, eines Washingtoner Think-Tanks mit guten Beziehungen zur Obama-Administration, stimmte dem zu: "Das können Sie sich leicht selbst ausrechnen, wenn Sie bedenken, dass wegen der Sequestration die meisten Haushaltspositionen um 10 Prozent gekürzt werden müssten."

Die in den nächsten zehn Jahren nach dem Rasenmäher-Prinzip vorzunehmenden Kürzungen aller Ausgaben – auch der für Verteidigung – um insgesamt 1,2 Billionen Dollar drohen so lange, wie sich Republikaner und Demokraten im Kongress bei der Reduzierung des Staatsverschuldung gegenseitig blockieren.

Harrison glaubt, dass die Regierung, falls die im Januar einsetzende Sequestration nicht noch abgewendet werden kann, ihren Angestellten wahrscheinlich mitteilen wird: "Wir wollen Sie noch nicht aus unseren Büchern streichen, weil wir hoffen, Sie später weiterbeschäftigen zu können." Aber ein neunmonatiger Zwangsurlaub ohne

**Weiterbeschäftigungsgarantie des Verteidigungsministeriums träfe viele Beschäftigte genau so hart wie ihre sofortige Entlassung.**

**Die Pentagon-Sprecherin Lt. Col. (Oberstleutnant) Elizabeth Robbins sagte, Entlassungen seien "wenig wahrscheinlich", die Zivilbeschäftigten "müssten aber mit einem Einstellungsstopp und Zwangsurlaub rechnen".**

Nach Meinung von Experten würde eine willkürliche Reduzierung der Zivilbeschäftigten des Verteidigungsministeriums gefährliche Erfahrungslücken hinterlassen. "Die Zivilbeschäftigten haben bei den Streitkräften wichtige kampfunterstützende Funktionen in der Logistik und in der Wartung übernommen, die ursprünglich Soldaten vorbehalten waren," erklärte Brenda Farrell, die Direktorin für Verteidigungsfähigkeit und Management beim U.S. Government Accountability Office (einem Kontrollgremium des US-Kongresses, s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Government\\_Accountability\\_Office](http://de.wikipedia.org/wiki/Government_Accountability_Office) ), bei einer Anhörung, die am 26. Juli vor dem Unterausschuss Einsatzfähigkeit des Verteidigungsausschusses des Repräsentantenhauses stattgefunden hat.

**Randy Forbes, der Vorsitzende dieses Unterausschusses, ein Republikaner aus Virginia, hat nach eigenen Angaben zu dieser Anhörung eingeladen, weil er befürchtet, dass 89.000 zivile Jobs gefährdet sind. Tatsächlich könnten nach informellen Schätzungen des Pentagons nach und nach etwa ein Viertel aller zivilen Jobs gestrichen werden, was zur Entlassung von fast 200.000 seiner zivilen Angestellten führen würde.**

Durch die mögliche Entlassung von Zivilbeschäftigten gingen dem Verteidigungsministerium nicht nur Jobs verloren. Es verlöre auch einen Teil seines Erfahrungsschatzes, der nach Meinung Frau Farrells "wegen der häufigen Wechsel beim Militärpersonal und der meist kurzen Amtszeit der politisch Verantwortlichen unersetzlich" ist.

Das Militär könnte gezwungen sein, verlorene Positionen wieder neu zu schaffen: "Alle warnen vor einer Aushöhlung der Streitkräfte. ... Man wird vor harten Entscheidungen stehen."

Ob das Verteidigungsministerium dazu fähig sein wird, strategisch sinnvolle Entscheidungen zu treffen, bleibt abzuwarten. Nach Frau Farrells Meinung hat man es bisher versäumt, strategische Überlegungen zu künftigen Entwicklungen bei den zivilen Beschäftigten anzustellen.

"Das Verteidigungsministerium ist noch nicht so weit, wie wir das gern sähen," bemängelte sie, obwohl es der Kongress bereits 2006 mit dem National Defense Authorization Act beauftragt habe, eine verbesserte strategische Belegschaftsplanung vorzulegen.

Die bisher vorliegenden Planungen reichten nicht aus, um fundierte Entscheidungen bezüglich der Zusammensetzung des Personals, der anfallenden Kosten oder des Umfangs der Zwangsbeurlaubungen zu treffen, um die es jetzt gehe, erklärte Frau Farrell vor dem Kongress.

Frederick Vollrath, der im Verteidigungsministerium für die Bereitschaft und das Management der Streitkräfte zuständige Staatssekretär, gab bei der im Juli im Kongress durchgeführten Anhörung zu, dass man sich im Pentagon bisher noch keine Gedanken über eine Reduzierung der Zivilbeschäftigten gemacht habe, die vorgenommen werden müsste, wenn es zur Sequestration käme.

**Der (Unterausschussvorsitzende) Forbes sagte, er sei entsetzt darüber, dass es im Verteidigungsministerium weder vorbereitete Pläne gebe, noch Pläne für diesen Fall in Arbeit seien.**

**"Es ist wirklich eine Schande," sagte Forbes letzte Woche in einem Interview. "Weil keine Planung vorliegt, kann niemand etwas über die Auswirkungen der Ausgabenkürzungen sagen, und niemand weiß, was dann zu tun ist."**

(Pentagon-Sprecherin) Robbins konnte nicht sagen, ob das Verteidigungsministerium bereits an einem Plan zur Reduzierung der Zivilbeschäftigten arbeitet, der umgesetzt werden könnte, wenn es zur Sequestration kommt.

Sie wies aber darauf hin, dass Robert Hale, der im Pentagon für die Ausgabenkontrolle zuständig ist, am 20. September in einer Anhörung vor dem Kongress mitgeteilt habe, dass sich das Pentagon erst "in den nächsten Monaten im Rahmen der normalen Mittelzuweisungen an die Streitkräfte" mit diesem Problem befassen werde.

Danach werde es nach Hales Aussage weitere sechs Wochen dauern, bis das Pentagon detaillierte Pläne für den Fall der Sequestration vorlegen könne.

**Harrison (vom Center for Strategic and Budgetary Assessments) hielt es für nicht besonders klug, dass sich das Verteidigungsministerium hartnäckig weigert, für den Fall zu planen, dass es zur Sequestration kommt – in der Hoffnung, der Kongress werde sie doch noch abwenden.**

**Er sagte: "Man bedenke: Das Pentagon ist doch dafür bekannt, dass es Pläne für alle denkbaren und undenkbaren Militäreinsätze macht. Warum hat es dann keinen Plan für eine Entwicklung, die tatsächlich eintreten könnte?"**

*(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und einem Link in Klammern und Hervorhebungen versehen. Natürlich müssen auch die einheimischen Zivilbeschäftigten bei den US-Stationierungstreitkräften in der Bundesrepublik Deutschland damit rechnen, dass sie im Januar 2013 ganz plötzlich arbeitslos werden. Vielleicht sollten sie jetzt doch einmal darüber nachdenken, ob es nicht sinnvoller wäre, sich möglichst schnell nach Arbeitsplätzen in zivilen Unternehmen umzusehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)*



## **Experts say sequestration would target civilian jobs**

By Joyce Tsai

Published: October 25, 2012

WASHINGTON — The potential for layoffs in the defense contracting industry is taking center stage in the congressional showdown on how to avoid the "fiscal cliff," but experts say that sequestration's most immediate workplace cuts would be felt by civilian defense employees.

War funding and military personnel will be protected from sequestration — which is set to take effect Jan. 2 if Congress doesn't take action — but as many as 108,000 civilian defense employees could be furloughed a few weeks after sequestration hits, said Todd Harrison, a senior fellow at the Center for Strategic and Budgetary Assessments, a Washington, D.C.-based think tank. The furloughs could last through Sept. 30, 2013, the end of the fiscal year.

Civilian job losses in the Defense Department alone would amount to more than 12 percent of its workforce, which should be the immediate concern, Harrison said. "DOD civilian employees have a lot more to worry about than defense contractors do."

Jacob Stokes, a research assistant at Center for a New American Security, a Washington think tank with close ties to the Obama administration, agreed: "It's just an arithmetic fact," if you consider that sequestration calls for about 10 percent cuts across most accounts.

The across-the-board cuts of \$1.2 trillion over 10 years, shared between defense and non-defense accounts, loom as a threat as long as lawmakers remain locked in a stalemate on how to reduce the national debt.

If sequestration happens, Harrison said the government would likely tell employees: "We want to keep you on our books, because we hope to take you back." But nine-month furloughs with no guarantee of being placed back on DOD's payroll would be just as damaging for many as layoffs, he said.

Pentagon spokeswoman Lt. Col. Elizabeth Robbins said DOD civilian layoffs were "very unlikely," though "furloughs and hiring freezes are possible."

Experts also say indiscriminate cuts to the civilian DOD workforce would leave critical gaps in expertise. Civilians provide "mission-essential combat support functions, such as logistics support and maintenance, which have traditionally been performed by the uniformed military," said Brenda Farrell, director of Defense Capabilities and Management in the U.S. Government Accountability Office, at a July 26 congressional hearing before the House Armed Services Committee's Subcommittee on Readiness.

Subcommittee Chairman Rep. Randy Forbes, R-Va., held the hearing out of concern that an estimated 89,000 civilian jobs could be cut, he said. In fact, some informal Pentagon estimates say those cuts over time could lead to as much as a quarter of the total civilian workforce getting laid off — the loss of almost 200,000 employees.

The potential loss of civilian defense employees is about more than jobs. It would be a loss of the institutional memory "which is particularly important in DOD because of the frequent rotation of military personnel and the short tenure of the average political appointee," Farrell said.

The military could be forced to backfill for lost positions, Stokes said: "Everyone warns of a hollow force. ... Some tough choices would have to be made."

Yet, whether DOD is capable of making those tough choices in a strategically planned way remains to be seen. Farrell said that DOD's overall strategic workforce planning has been lacking.

"DOD hasn't progressed at the rate we'd like to see," she said, despite the fact that Congress mandated in the 2006 National Defense Authorization Act that DOD do better strategic workforce planning.

The current DOD civilian workforce plan “is far from being mature enough to make informed decisions regarding the mix of personnel, or the costs, or the tradeoffs we are discussing today,” Farrell told Congress.

Frederick Vollrath, principal deputy assistant secretary of defense for readiness and force management, also testified to Congress in the July hearing that he wasn’t aware of any efforts by DOD to conduct a full analysis of civilian force reductions, in the event of sequestration.

Forbes said that he was alarmed that DOD, by its own admission, has repeatedly said that it has “not done any planning — or will not say it’s doing planning.”

“It’s quite a shame,” Forbes said in an interview last week. “Because they haven’t done the planning, no one knows the exact repercussion of the cuts and what they are going to be.”

Robbins couldn’t confirm whether DOD was specifically working on a civilian workforce plan under sequestration.

But she said that Defense Department Comptroller Robert Hale told Congress at a Sept. 20 hearing that DOD will first produce guidance on the matter “over the next month as is done for a regular budget to the services.”

Then after that, it would be another six weeks until DOD could come up with detailed plans regarding the actual plans for sequestration, Hale said.

Harrison strongly questioned the wisdom of the Defense Department’s decision to put off planning for sequestration in the hopes that Congress will come to a resolution on the matter.

“The thing is: DOD is known for their planning,” Harrison said. “They plan for every conceivable military operation you can imagine, and some are highly unlikely to occur. But there is a reasonable chance this could happen, so why aren’t they planning for it?”

[www.luftpost-kl.de](http://www.luftpost-kl.de)

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**